

20.01.2020

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

„Wir kriegen euch alle“ – Ehrenamtlich Aktive, Amts- und Mandatsträger und Journalisten im Visier.

Der Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Stadt Kamp-Lintfort hat aus purer Verzweiflung vor der Bedrohung durch die rechte Szene einen Waffenschein beantragt. Als dies publik wurde, hat sich an diesem Beispiel eine bundesweite Debatte über die Sicherheit von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern entfacht. Immerhin hat die Landesregierung zwischenzeitlich eingesehen, dass der Bürgermeister von Kamp-Lintfort keine Waffe, sondern Personenschutz benötigt. Dem waren eine Vielzahl von Bedrohungen und Anfeindungen über einen monatelangen Zeitraum vorausgegangen. Durch den Personenschutz bekommt die Bedrohung eine neue, eine konkrete Qualität. Seine Klage auf Erteilung eines Waffenscheins hat er Medienberichten zufolge zurückgenommen, da die von ihm beabsichtigte gesellschaftliche Debatte über die Bedrohung von Hoheitsträgern nun geführt werde.¹ Gleichzeitig wurde bekannt, dass eine Mitteilung der zuständigen Staatsanwaltschaft über die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Bürgermeister wegen des Verdachts auf Sachbeschädigung und Wahlfälschung versäumt wurde.²

Aber nicht nur Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen im Fadenkreuz. Auch ehrenamtlich Aktive in der Geflüchtetenhilfe, in Kommunalparlamenten und Beschäftigte bei den Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen sowie im Rettungsdienst und der Feuerwehr sehen sich zunehmend Anfeindungen, Bedrohungen und sogar Angriffen ausgesetzt. Städtische Bedienstete im Verkehrs- und Ordnungsdienst, Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und in den Jobcentern beklagen einen rauerer Umgang bis hin zu gewalttätigen Angriffen. So berichtete der Kölner Stadtanzeiger in der seiner Ausgabe vom 18. Januar über den Verdacht, dass bei einer Lokalpolitikerin aus Köln sogar die Kinder bedroht worden sein sollen und die Radmuttern an ihrem Auto gelockert worden sein sollen.

¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/buergermeister-klage-waffenschein-kamp-lintfort-100.html>

² <https://www.tagesspiegel.de/berlin/buergermeister-von-kamp-lintfort-panne-der-staatsanwaltschaft-klave-im-fall-landscheidt/25444808.html>

Datum des Originals: 20.01.2020/Ausgegeben: 20.01.2020

Aber auch Bürgerinnen und Bürger, die sich im Alltag der rechten Bedrohung entgegenstellen, werden immer heftiger angegangen. So berichtete die Rheinische Post in der Ausgabe vom 18. Januar über ein Ehepaar, das ebenfalls in Kamp-Lintfort durch einen bekannten Neonazi und dessen Gefolgsleute beleidigt und bedroht werden, in der schlichten Absicht, sie einzuschüchtern. Doch dieses mutige Ehepaar hält Stand! Sie ziehen nicht weg, sie schweigen nicht!

Im November des vergangenen Jahres haben mehrere freie Journalistinnen und Journalisten einen Aufruf zum Schutz der Pressefreiheit verfasst. Der Aufruf ist eine Reaktion auf die zunehmende rechtsextreme Hetze gegen die unabhängige Meinungsberichterstattung.³ Diffamierungen wie „Lügenpresse“ oder „gleichgeschalteter Staatsrundfunk“ sowie Gewaltandrohungen gegen Journalistinnen und Journalisten machen dies in erschreckender Weise offenkundig. Zum Jahreswechsel wurden (freie) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WDR von Mitgliedern aus der rechtsextremistischen Szene bedroht.

Diese Bedrohungen stellen eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in unserem Land dar. Menschen zu bedrohen oder gar anzugreifen, die sich für das Gemeinwesen einbringen und engagieren, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass unser Zusammenleben funktioniert und lebenswert ist, stellt einen Angriff auf das Gemeinwohl und das ganze Land dar.

Solche Bedrohungen oder Angriffe müssen konsequent verfolgt, zügig aufgeklärt und hart bestraft werden. Die vorherige Landesregierung hatte dazu eine Bundesratsinitiative unternommen, bei der eine Aufnahme einer gegenüber dem Gemeinwohl feindliche oder gleichgültige Haltung als besonderer Umstand der Strafzumessung beabsichtigt war.

Diesen Angriffen auf unsere Werte und unser Zusammenleben muss sich Nordrhein-Westfalen geschlossen entgegenstellen. Es braucht eine landesweite Solidarität mit den bedrohten Stützen unserer Gesellschaft. Meinungsverschiedenheiten, unterschiedliche Überzeugungen, Auffassungen oder Parteimitgliedschaften treten zurück vor dem Eindruck der Angriffe auf unser Verständnis von einem friedlichen und gedeihlichen Zusammenleben in einer pluralen und demokratischen Gesellschaft.

Dieses Zeichen der geschlossenen landesweiten Solidarität sollte vom Landtag in alle Städte und Gemeinden des Landes gesendet werden: Ein Angriff auf euch ist ein Angriff auf uns alle und deswegen stehen wir an eurer Seite.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Christian Dahm
Sven Wolf

und Fraktion

³ Schützt die Pressefreiheit“. Der Aufruf ist online abrufbar unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-11/journalismus-pressefreiheit-rechtsextremismus-gegendemonstration-aufruf>